

Die soziale Gräueltat - Zusammenfassung

Ab August 2017 führten die Sicherheitskräfte Myanmars eine brutale Kampagne der ethnischen Säuberung gegen Rohingya-Muslime in Myanmars nördlichem Rakhine-Staat durch. Sie töteten rechtswidrig Tausende Rohingya, darunter auch kleine Kinder, vergewaltigten Rohingya-Frauen und -Mädchen und verübten andere sexuelle Gewalt gegen sie, folterten Rohingya-Männer und -Jungen in Haftanstalten und brannten Hunderte von Rohingya-Dörfern nieder. Die Gewalt trieb über 700.000 Rohingya - mehr als 80 Prozent der Rohingya-Bevölkerung, die zu Beginn der Krise im Norden des Rakhine-Staates lebte - ins benachbarte Bangladesch, wo die meisten bis heute in Flüchtlingslagern leben. Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu Myanmar (Independent International Fact-Finding Mission, IIFFMM) forderte, dass gegen hochrangige Militärs wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord ermittelt wird und dass sie strafrechtlich verfolgt werden.

In den Monaten und Jahren vor und während der Gräueltaten im Jahr 2017 wurde Facebook in Myanmar zu einer Blase für Anti-Rohingya-Inhalte. Akteure, die mit dem myanmarischen Militär und radikalen buddhistischen nationalistischen Gruppen in Verbindung stehen, überschwemmen Facebook systematisch mit Hetze gegen die Rohingya, verbreiteten Falschinformationen über eine bevorstehende muslimische Machtübernahme im Land und versuchten, die Rohingya als untermenschliche Eindringlinge darzustellen. Die massenhafte Verbreitung von Hassbotschaften, die zu Gewalt und Diskriminierung gegen die Rohingya aufriefen, sowie andere entmenslichende und diskriminierende Inhalte gegen Rohingya gossen Öl ins Feuer der seit langem bestehenden Diskriminierung und erhöhten das Risiko eines Ausbruchs von Massengewalt deutlich.

Das IIFFMM kam zu dem Schluss, dass die sozialen Medien bei den darauffolgenden Gräueltaten eine wichtige Rolle gespielt haben. Dies geschah in einem Kontext, in dem der rasche Aufstieg von Facebook in dem Land dazu geführt hatte, dass "Facebook das Internet ist". Das IIFFMM empfahl, dass "das Ausmaß, in dem Facebook-Posts und -Botschaften zu Diskriminierung und Gewalt geführt haben, unabhängig und gründlich untersucht werden muss". Im Einklang mit dieser Aufforderung liefert dieser Bericht eine erste gründliche Menschenrechtsanalyse der Rolle, die Meta Systems Inc. (damals noch Facebook Inc.) bei den Gräueltaten gegen die Rohingya im Jahr 2017 gespielt hat, und der laufenden Verantwortung von Meta, den Rohingya-Gemeinschaften Abhilfe zu schaffen.

Sawyeddollah, ein 21-jähriger Rohingya-Aktivist, Überlebender und jetzt in einem Flüchtlingslager in Bangladesch lebender Flüchtling, berichtete über die Bemühungen seiner Gemeinschaft, von Meta wirksame Abhilfe zu erhalten, nachdem das Unternehmen eine prominente Rolle bei den Gräueltaten gegen seine Gemeinschaft gespielt hatte:

"Ich glaube wirklich, dass wir eine Abhilfe von Facebook verdient haben. Ich glaube, dass wir wegen verschiedener [Akteure], darunter auch Facebook, in dieser Hölle leben... Facebook kann unser altes Leben nicht zurückbringen; das können nur wir selbst. Aber was wir dazu brauchen, ist Bildung. Facebook hat Milliarden von Dollar. Wir bitten nur um ein wenig, um den Rohingya-Schülern in diesen [Flüchtlings-]Lagern Chancen zu geben."

In diesem Bericht wird detailliert dargelegt, wie Meta durch seine gefährlichen Algorithmen und sein unerbittliches Profitstreben wesentlich zu den schweren Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya beigetragen hat. Es wird deutlich, dass Metas Beitrag nicht nur der einer passiven und neutralen Plattform war, die angesichts einer noch nie dagewesenen Krise unzureichend reagierte.

In Wirklichkeit verstärkten und förderten Metas inhaltsbestimmende Algorithmen proaktiv Inhalte auf Facebook, die zu Gewalt, Hass und Diskriminierung gegen die Rohingya aufriefen.

Letztlich geschah dies, weil das Geschäftsmodell von Meta, das auf invasiver Profilerstellung und gezielter Werbung basiert, die Verbreitung schädlicher Inhalte, einschließlich der Aufstachelung zu Gewalt, fördert. Die algorithmischen Systeme, die das Nutzererlebnis auf Facebook gestalten und bestimmen, welche Informationen sie sehen, sind darauf ausgelegt, die Menschen auf der Plattform zu halten - je engagierter die Nutzer sind, desto mehr Werbeeinnahmen erzielt Meta. Infolgedessen geben diese Systeme den aufrührerischsten, spaltendsten und schädlichsten Inhalten den Vorrang, da diese Inhalte wahrscheinlicher die Nutzungsdauer maximieren.

Ein typisches Beispiel für die Anti-Rohingya-Inhalte, die sich zu dieser Zeit auf Facebook verbreiteten, ist ein Facebook-Post, in dem ein Menschenrechtsverteidiger für seine angebliche Zusammenarbeit mit der IFFMM kritisiert wurde und in dem die Person als "Landesverräter" bezeichnet wurde – dabei wurde durchgehend das Adjektiv "Muslim" hinzugefügt. Der Beitrag wurde über 1.000 Mal geteilt und löste zahlreiche Kommentare aus, in denen die Tötung der Person gefordert wurde, darunter: "Muslime sind Hunde und müssen erschossen werden". "Lasst ihn nicht am Leben. Entfernt seine gesamte Rasse. Die Zeit läuft." Das IFFMM selbst hat wiederholt versucht, den Beitrag bei Meta zu melden, und die Reaktion des Unternehmens anschließend als "langsam und ineffektiv" bezeichnet.

Diese Aufstachelung zu Hass, Gewalt und Diskriminierung ging bis an die Spitze der Militärführung Myanmars. Der Anführer des Militärs von Myanmar, Senior General Min Aung Hlaing, postete am 1. September 2017 auf seiner Facebook-Seite: "Wir erklären offen, dass es in unserem Land absolut keine Rohingya-Ethnie gibt". Meta verbannte Min Aung Hlaing schließlich 2018 von Facebook. Im Februar 2021 übernahm er durch einen Putsch die Macht von der Zivilregierung und wurde Vorsitzender des Staatsverwaltungsrats.

Als die Wahrscheinlichkeit von Massengewalt gegen die Rohingya in Myanmar wuchs, forderten lokale Aktivisten der Zivilgesellschaft Meta wiederholt zum Handeln auf. Dieser Bericht dokumentiert detailliert die wiederholten Mitteilungen und Interventionen, die Meta zwischen 2012 und 2017 erhalten hat, einschließlich mehrerer Reisen von Aktivisten zum Hauptsitz von Meta in Menlo Park, Kalifornien, USA, bei denen das Unternehmen ausdrücklich gewarnt wurde, dass es Gefahr läuft, zu einem Völkermord beizutragen. Trotz dieser Bemühungen hat Meta die Warnungen nicht beachtet. In Myanmar versuchten viele Rohingya, über die Meldfunktion von Facebook Inhalte zu melden, die gegen die Rohingya gerichtet waren. Das Unternehmen versäumte es jedoch wiederholt, seine eigenen Inhaltsrichtlinien zur Entfernung von "Hassrede" durchzusetzen, so dass sich diese hasserfüllten Darstellungen weiter verbreiten und ein noch nie dagewesenes Publikum in Myanmar erreichen konnten.

Die völlig unzureichende personelle Ausstattung von Metas Myanmar-Geschäft vor 2017 war ein wesentlicher Faktor für das erschütternde Versagen des Unternehmens bei der Entfernung von schädlichen Anti-Rohingya-Inhalten von der Facebook-Plattform. Dies ist symptomatisch für das generelle Versäumnis des Unternehmens, angemessen in die Moderation von Inhalten im gesamten Globalen Süden zu investieren. Mitte 2014 gaben Meta-Mitarbeiter zu, dass sie zu dieser Zeit nur einen einzigen burmesischsprachigen Moderator für Myanmar hatten, der in ihrem Büro in Dublin tätig war. Meta hat die genaue Anzahl der birmanischsprachigen Moderatoren, die es während der Gräueltaten 2017 beschäftigte, nie offengelegt, aber das Unternehmen behauptete, Mitte 2018 "Dutzende" weitere eingestellt zu haben.

Das Risiko, dass Meta zu Massengewalt gegen Muslime in Myanmar beitragen könnte, hätte dem Unternehmen schon lange vor den Gräueltaten gegen die Rohingya 2017 klar sein müssen. Im Juli 2014 löste ein viraler Facebook-Post einen Ausbruch tödlicher Gewalt zwischen buddhistischen und muslimischen Gruppen in der Stadt Mandalay aus. In dem Beitrag wurde fälschlicherweise behauptet, zwei muslimische Männer seien für die Vergewaltigung eines buddhistischen Mädchens in der Stadt verantwortlich. Die darauffolgenden Unruhen veranlassten die Behörden Myanmars, Facebook vorübergehend zu sperren, da die Plattform eine Schlüsselrolle bei der "Anstiftung" zu dieser Gewalt gespielt habe. Doch die minimalen Bemühungen von Meta, auf diese deutliche Warnung zu reagieren, blieben dramatisch hinter den Erwartungen zurück. Möglicherweise haben sie die Situation sogar noch verschlimmert.

In einem Beispiel unterstützte Meta eine von der Zivilgesellschaft geführte Initiative, die als "Panzagar" oder "Blumenrede" bekannt ist, indem es ein "Aufkleberpaket" mit Blumenrede herausgab. Nutzer in Myanmar konnten "Panzagar"-Aufkleber auf Beiträge mit Hassreden kleben, um so den Frieden zu fördern und Hass zu bekämpfen. Aktivisten der Zivilgesellschaft stellten jedoch fest, dass die Aufkleber ernsthafte unbeabsichtigte Folgen hatten. Einem Aktivisten zufolge, der an der Förderung von "Panzagar" beteiligt war, zählten die Algorithmen von Facebook die Aufkleber als eine weitere Art und Weise, wie Menschen einen Beitrag gefiel. Anstatt die Anzahl der Personen zu verringern, die ein Stück "Hassrede" sahen, hatten die Aufkleber den gegenteiligen Effekt, indem sie die Beiträge noch sichtbarer und beliebter machten.

Nachdem das IFFMM die "bedeutende" Rolle der Facebook-Plattform bei den Gräueltaten gegen die Rohingya hervorgehoben hatte und die öffentliche Kritik an den Versäumnissen des Unternehmens immer heftiger wurde, räumte Meta 2018 schließlich ein, dass "wir nicht genug getan haben, um zu verhindern, dass unsere Plattform genutzt wird, um Spaltung zu schüren und zu Offline-Gewalt anzustiften". In den vergangenen Jahren hat Meta einige Verbesserungen bei der Einbindung der Community und der Moderation von Inhalten in Myanmar angepriesen. In diesem Bericht wird jedoch festgestellt, dass sich diese Maßnahmen als völlig unzureichend erwiesen haben. Dies liegt vor allem daran, dass sie sich in erster Linie auf eine verbesserte Inhaltsmoderation (d. h. die Erkennung, Herabstufung und Entfernung von Inhalten, die gegen die Regeln der Plattform verstoßen) konzentriert haben. Dieser Ansatz beruht auf der Prämisse, dass Meta ein neutraler Schiedsrichter für Inhalte ist. Er geht daher nicht auf die bedeutende Rolle ein, die die eigenen Algorithmen des Unternehmens bei der proaktiven Verbreitung von Anti-Rohingya-Inhalten spielen - Systeme, die für das zerstörerische Geschäftsmodell des Unternehmens von zentraler Bedeutung sind.

Amnesty Internationals Analyse neu verfügbarer Beweise aus internen Meta-Dokumenten, die von der Whistleblowerin Frances Haugen veröffentlicht wurden - die "Facebook Papers" - ermöglicht ein schockierendes neues Verständnis der wahren Natur und des Ausmaßes von Metas Beitrag zum Leid der Rohingya. Diese Beweise zeigen, dass die zentralen Algorithmen zur Gestaltung von Inhalten, die die Facebook-Plattform antreiben - einschließlich des News Feeds, des Rankings und der Empfehlungsfunktionen - alle aktiv Inhalte verstärken und verbreiten, die zu Gewalt und Diskriminierung aufrufen, und diese Inhalte direkt an die Menschen weiterleiten, die am ehesten auf diese Aufforderungen reagieren.

Infolgedessen ist die Inhaltsmoderation allein als Lösung für algorithmisch verstärkte Schäden von Natur aus ungeeignet. In einem Dokument vom Juli 2019 heißt es: "Wir gehen nur gegen etwa 2 % der Hassreden auf der Plattform vor". Ein anderes Dokument zeigt, dass zumindest einige Meta-Mitarbeiter die Grenzen der Inhaltsmoderation erkennen. So heißt es in einem internen Memo vom Dezember 2019: "Wir werden niemals alles Schädliche aus einem Kommunikationsmedium

entfernen können, das von so vielen Menschen genutzt wird, aber wir können zumindest unser Bestes tun, um zu verhindern, dass schädliche Inhalte vergrößert werden, indem sie unnatürlich verbreitet werden."

Aus dem Bericht geht ferner hervor, dass Meta sich der mit seinen Algorithmen verbundenen Risiken seit langem bewusst ist, es aber versäumt hat, angemessen darauf zu reagieren. Interne Studien, die bis ins Jahr 2012 zurückreichen, wiesen immer wieder darauf hin, dass die Algorithmen von Meta zur Gestaltung von Inhalten zu ernsthaften Schäden in der echten Welt führen könnten. Im Jahr 2016, vor den Gräueltaten im Norden des Rakhine-Staates im Jahr 2017, wurde in internen Untersuchungen von Meta klar erkannt, dass "unsere Empfehlungssysteme das Problem [des Extremismus] vergrößern". Diese internen Studien hätten Meta dazu veranlassen können und sollen, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die mit seinen Algorithmen verbundenen Menschenrechtsrisiken zu mindern, doch das Unternehmen hat wiederholt nicht gehandelt.

Anstatt diese Risiken angemessen anzugehen, enthüllen die Facebook Papers in vernichtenden Details, wie Meta solche Risiken bis zum heutigen Tag in seinem unerbittlichen Streben nach Profit ignoriert. Wie ein ehemaliger Meta-Mitarbeiter in einem internen Dokument vom August 2019 darlegt:

"Wir haben Beweise aus einer Vielzahl von Quellen, dass Hassreden, spaltende politische Äußerungen und Fehlinformationen auf Facebook und der App-Familie Gesellschaften auf der ganzen Welt beeinträchtigen. Wir haben auch zwingende Beweise dafür, dass unsere zentralen Produktmechanismen wie Viralität, Empfehlungen und die Optimierung für Engagement einen wesentlichen Teil dazu beitragen, dass diese Arten von Sprache auf der Plattform gedeihen."

Alle Unternehmen sind dafür verantwortlich, während ihrer gesamten Tätigkeit alle Menschenrechte zu achten, wo auch immer sie in der Welt tätig sind. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, müssen Unternehmen eine kontinuierliche und proaktive menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung durchführen, um ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte zu erkennen, zu verhindern, abzumildern und Rechenschaft darüber abzulegen, wie sie mit ihnen umgehen. Für Technologieunternehmen wie Meta muss die Sorgfaltspflicht auch Situationen umfassen, in denen "geschäftsmotivierte Praktiken und technologische Designentscheidungen Menschenrechtsrisiken schaffen oder verschärfen". Sollte ein Unternehmen nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte verursachen oder zu ihnen beitragen, ist es verpflichtet, den betroffenen Gemeinschaften wirksame Abhilfe zu schaffen.

Die Analyse von Amnesty International zeigt, wie Metas inhaltsbestimmende Algorithmen und rücksichtslose Geschäftspraktiken Diskriminierung und Gewalt gegen die Rohingya erleichtert und ermöglicht haben. Metas Algorithmen trugen direkt zum Schaden bei, indem sie schädliche, gegen die Rohingya gerichtete Inhalte verstärkten, einschließlich der Befürwortung von Hass gegen die Rohingya. Sie trugen auch indirekt zur realen Gewalt gegen die Rohingya bei, einschließlich der Verletzung des Rechts auf Leben, des Rechts auf Freiheit von Folter und des Rechts auf angemessenen Wohnraum, indem sie die Handlungen des Militärs von Myanmar ermöglichten, erleichterten und förderten. Darüber hinaus hat Meta es völlig versäumt, im Vorfeld der Gräueltaten von 2017 eine angemessene menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in Bezug auf seine Operationen in Myanmar einzuhalten. Diese Analyse lässt wenig Raum für Zweifel: Meta hat wesentlich zu den negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte der Rohingya beigetragen und ist dafür verantwortlich, den Überlebenden einen wirksamen Rechtsbehelf zu gewähren.

Amnesty International hat Meta geschrieben und gefragt, welche Maßnahmen das Unternehmen vor 2017 ergriffen hat, um zu verhindern, dass seine algorithmischen Systeme zur Förderung von Hass gegen die Rohingya eingesetzt werden. Meta antwortete, dass "Metas Investitionen in Myanmar als Reaktion auf die Ereignisse im Jahr 2017 signifikant waren", fügte aber hinzu, dass das Unternehmen keine Informationen über den Zeitraum vor 2017 zur Verfügung stellen könne, da es "derzeit in einem Rechtsstreit in Bezug auf damit verbundene Angelegenheiten verwickelt ist".

Fünf Jahre nach den Gräueltaten im Norden des Rakhine-Staates ist noch kein Mitglied der myanmarischen Sicherheitskräfte für seine Verbrechen belangt worden. Es gibt jedoch einige internationale Bemühungen um Gerechtigkeit. Im Juli 2022 wies der Internationale Gerichtshof (IGH) die Einwände Myanmars zurück und entschied, dass er für eine von Gambia im Jahr 2019 eingereichte Klage zuständig ist, in der Myanmar Verstöße gegen die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Völkermordkonvention) vorgeworfen werden. Amnesty International begrüßt diesen wichtigen Schritt, um die Regierung Myanmars zur Rechenschaft zu ziehen, und fordert weiterhin, dass hochrangige Mitglieder des myanmarischen Militärs für ihre Rolle bei Verbrechen gegen die Rohingya vor Gericht gestellt werden.

Meta ist derzeit mit mindestens drei laufenden Verfahren konfrontiert, in denen Wiedergutmachung für die Rohingya gefordert wird. Im Dezember 2021 wurden sowohl im Vereinigten Königreich als auch in den Vereinigten Staaten Zivilklagen gegen das Unternehmen eingereicht. Flüchtlingsgruppen in Cox's Bazar haben Meta auch direkt aufgefordert, sie durch die Finanzierung eines Bildungsprojekts in den Flüchtlingslagern in Höhe von 1 Million USD zu entschädigen. Die von den Rohingya geforderte 1 Mio. USD zur Finanzierung ihrer Bildungsinitiative entspricht gerade einmal 0,002 % der Gewinne von Meta im Jahr 2021 in Höhe von 46,7 Mrd. USD. Am 10. Februar 2021 reagierte Meta auf die jüngste Anfrage der Rohingya-Gemeinschaft mit einer Ablehnung, die wie folgt lautete "Facebook beteiligt sich nicht direkt an philanthropischen Aktivitäten."

Metas Darstellung des Strebens der Rohingya-Gemeinschaft nach Abhilfe als eine Bitte um Wohltätigkeit zeigt ein zutiefst fehlerhaftes Verständnis der menschenrechtlichen Verantwortung des Unternehmens. Für die Rohingya-Überlebenden der Gräueltaten von 2017 im Norden des Rakhine-Staates, von denen die große Mehrheit noch immer unter extremen Entbehrungen in Flüchtlingslagern in Cox's Bazar, Bangladesch, lebt, ist das Streben nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung sowohl eine Frage des Prinzips als auch der dringenden materiellen Notwendigkeit. Nach Angaben der UNO beläuft sich der Bildungsbedarf der Rohingya im Jahr 2022 auf 70,5 Millionen US-Dollar. Von diesem Betrag wurden bisher nur 1,6 % tatsächlich finanziert. Mohamed Junaid, ein 23-jähriger Rohingya-Flüchtling, beklagte den Zustand des Bildungsangebots für die Rohingya in Cox's Bazar:

"Obwohl es in Myanmar viele Einschränkungen gab, konnten wir zumindest bis zum Abitur zur Schule gehen. Aber in den Lagern können unsere Kinder nichts tun. Wir vergeuden unser Leben unter Planen."

Trotz des teilweisen Eingeständnisses, dass Meta eine Rolle bei der Gewalt gegen die Rohingya im Jahr 2017 gespielt hat, hat es das Unternehmen bisher versäumt, den betroffenen Rohingya-Gemeinschaften eine wirksame Abhilfe zu bieten. Nach der Weigerung von Meta, ein Bildungsprojekt zu finanzieren, reichte eine Gruppe von Rohingya-Flüchtlingen über die irische Nationale Kontaktstelle (National Contact Point (NCP)) eine Beschwerde gegen das Unternehmen gemäß den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen ein. Die Beschwerde wurde im Juni 2022 an die US-amerikanische NCP weitergeleitet. Im September 2022 wurde die Beschwerde weiterhin geprüft.

Metas bisherige Weigerung, die Rohingya-Opfer zu entschädigen - selbst wenn die bescheidenen Forderungen der Gemeinschaft Krümel vom Tisch der enormen Gewinne des Unternehmens darstellen - trägt nur zu dem Eindruck bei, dass es sich um ein Unternehmen handelt, das von der Realität seiner Auswirkungen auf die Menschenrechte völlig abgekoppelt ist. Weit entfernt von seinem Hauptsitz in Menlo Park schüren Metas inhaltsbestimmende Algorithmen die Flammen des Hasses, der Gewalt und der Diskriminierung - und haben unverhältnismäßige Auswirkungen auf die am stärksten marginalisierten und unterdrückten Gemeinschaften in der ganzen Welt, insbesondere im globalen Süden.

Wie in diesem Bericht ausführlich dargelegt, hat sich Metas eklatante Missachtung der Menschenrechte als äußerst verheerend für die Rohingya erwiesen. Diese Erkenntnisse sind jedoch nicht nur für die Überlebenden der Rohingya von Bedeutung; sie sollten ein Alarmsignal sein, dass Meta erneut zu schweren Menschenrechtsverletzungen beitragen könnte. Von Äthiopien bis Indien und anderen Regionen, die von Konflikten und ethnischer Gewalt betroffen sind, stellt Meta bereits eine reale und gegenwärtige Gefahr für die Menschenrechte dar. Es sind dringende, weitreichende Reformen erforderlich, um sicherzustellen, dass sich die Geschichte von Meta mit den Rohingya nicht anderswo wiederholt.

Dennoch wäre es ein Fehler, zu glauben, dass Meta diese Probleme allein lösen kann. Die Ursache für die schrecklichen Auswirkungen von Meta auf die Menschenrechte ist fest im Geschäftsmodell des Unternehmens verankert, das auf invasiver Überwachung und Profilerstellung beruht - ein Geschäftsmodell, das auch von anderen Big-Tech-Unternehmen genutzt wird. Big Tech hat sich als unfähig erwiesen, diese Probleme ohne wirksame staatliche Regulierung anzugehen. Es ist zwingend erforderlich, dass die Staaten ihrer Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte nachkommen, indem sie wirksame Gesetze einführen und durchsetzen, um überwachungsbasierte Geschäftsmodelle im gesamten Technologiesektor zu unterbinden.

Auch wenn das wahre Ausmaß der Verluste, die die Rohingya erlitten haben, unabsehbar ist, können systemische Veränderungen und wirksame Abhilfemaßnahmen nicht früh genug kommen. Wie der 22-jährige Showkutara gegenüber Amnesty International erklärte:

"Facebook muss zahlen. Wenn sie es nicht tun, werden wir vor jedes Gericht der Welt ziehen. Wir werden in unserem Kampf niemals aufgeben."